

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 22. Dezember. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruhlt: Dem Landreitmeister, Major a. D. von Moeller zu Marienwerder, dem Noten Adlermeister dritter Klasse mit der Schleife, dem Oberbuchhalter, Rechnungsrat Krausen et al. bei der Regierungs-Hauptkasse zu Koblenz den Königlichen Kronenorden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer und Organisten Amermann zu Scheidlingen im Kreise Soest und dem Polizei-Sergeanten Voigt zu Langensalza das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Premier-Lieutenant im 4. Landwehr-Dragoner-Regiment, Rittergutsbesitzer von Lindow mit einem auf Schlesisch-Drehnow bei Grünberg die Hammerherrn-Würde zu verleihen; so wie den zum Pastor in Tempelburg ernannten bischöflichen Diakonus in Lassan, Johann Karl Joachim Reinbold von Lübbmann zum Superintendenten der Synode Tempelburg; und den Prediger Karl Heinrich Siedler in Drehna zum Superintendenten der Diözese Luckau zu ernennen.

Der Baumeister Wenzel zu Saarbrücken ist zum Königlichen Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Saarbrücker Eisenbahn angestellt worden.

Der Lehrer Friedrich Anton Prasser ist zum Provinzial-Gewerbeschule zu Elberfeld angestellt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Montag, 21. Dezember Nachmitt. Das „Dresdner Journal“ meldet die gestern erfolgte Abreise des sächsischen Civilkommissars für Holstein mit dem Hinzufügen, die dänische Regierung habe die Räumung Holsteins angekündigt.

Frankfurt a. M., Montag, 21. Dezember. Der Abgeordnetentag nahm schließlich ohne Diskussion beinahe einstimmig folgenden Antrag an: Die Versammlung, im besondern Hinblick auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit hält es für Pflicht, für das wohlbegründete, unter den vorliegenden Umständen nicht länger abweisbare Recht der deutschen Nation auf eine allgemeine Volksvertretung, eines Parlaments und für die Notwendigkeit der baldigsten Herstellung eines solchen sich feierlich auszusprechen. In den Centralausschuss wurden mit Cooptationsrecht gewählt: Ludwig Seeger, Feuer aus Württemberg; Häußer, Bluntschli aus Baden, Sigmund Müller, Georg Barrentrop aus Frankfurt; Lang aus Nassau; Metz aus Darmstadt; Nebelthau aus Kurhessen; Fries aus Weimar; Streit aus Coburg; Henneberg aus Gotha; Bennigsen aus Hannover, Miquel aus Göttingen; Bieweg aus Braunschweig; Pfeiffer aus Bremen; Godefroy aus Hamburg; Wiggers aus Holstein; Haberkorn, Mammen aus Sachsen; Karl Barth, Kolb, Völk, Krämer, Fäustel aus Baiern, Rechbauer, Fleck, Gross aus Ostreich; v. Unruh, Löwe, Schulze-Delitzsch, Franz Dunker, Hoverbeck, Twesten, Pauli, Sybel aus Preußen. Die genaue Zahl der versammelten Abgeordneten betrug 484.

Frankfurt a. M., Montag 21. Dezember, Nachmittags. Der Abgeordnetentag beschloß so eben einstimmig unter rauschendem Beifall der Gallerien nachstehende Erklärung:

Die wirkame Sicherung der Rechte Deutschlands in Schleswig-Holstein beruht auf der Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Der Tod Friedrichs VII. hat ihre Verbindung mit Dänemark gelöst. Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 ist ohne die Zustimmung der Volksvertretungen und der berechtigten Algnaten zu Stande gekommen und vom deutschen Bunde nicht anerkannt; derselbe begründet kein Thronfolgerecht Christians IX. in Schleswig-Holstein. Kraft unzweifelhaften Rechtes ist Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zur Erbfolge in den Herzogthümern berufen. Die Geltendmachung der Thronfolge Herzogs Friedrich ist zugleich Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein. Hieraus entspringt Verpflichtung des deutschen Volkes für seine verlorste Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes nötige Opfer zu bringen. Einmuthig in dieser Anschauung übernehmen die hier versammelten Mitglieder deutscher Landesvertretungen die Verpflichtung, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln in ihrem Wirkungskreise dahin zu streben, daß

1) wo und soweit dies nicht bereits erfolgt, das Recht Herzogs Friedrich anerkannt, und die Anerkennung durch den Bund erwirkt werde;

2) ohne Rücksicht auf fremden Einspruch diesem Rechte Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen, ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Sie verpflichten sich ferner, diejenigen deutschen Regierungen zu unterstützen, welche für das volle Recht der

Herzogthümer ehrlich und thatkräftig eintreten und diejenigen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Sache preisgeben.

Sodann wurde nach bewegter Diskussion nahezu einstimmig nachstehender Antrag mehrerer Ausschusmitglieder angenommen: Die Versammlung bestellt einen Ausschuss von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für die Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII. Der Ausschuss ist ermächtigt, eine aus einer kleinen Zahl von Personen bestehende Kommission für die geschäftliche Leitung einzusetzen. Der Ausschuss kann nach Lage der Umstände eine abermalige Versammlung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen berufen.

Hamburg, Montag 21. Dezember, Nachmittags. Gestern ist den hiesigen Behörden Einquartierung der hannoverschen Brigade angesagt worden.

Heute ist nachstehender Armeebefehl des sächsischen Oberkommandanten Generals v. Hake an der Börse angeschlagen: Die zwischen Harburg und Lauenburg kantonnierende hannoversche Brigade geht am 23. und 24. über die Elbe und rückt im Verein mit den sächsischen Truppen über Oldesloe in Holstein ein.

Kopenhagen, Montag 21. Dezember, Nachmittags. „Berlingske Tidende“ enthält eine Bekanntmachung, wonach die Zollgrenze vom 22. d. M. ab an die Eider verlegt wird.

Der Reichsrath wurde heute geschlossen. Der General Fleury ist zum Großkreuz, sein Adjutant zum Ritter des Dannebrogordens ernannt worden. Gestern starb der Staatsrath Trier.

„Dagbladet“ will wissen, daß der Marineminister seine Demission gegeben habe.

Kopenhagen, Montag 21. November, Abends. Die Botschaft, durch welche der Reichsrath heute geschlossen wurde, enthält folgenden Passus: Wir können zwar die Execution nicht für dem Bundesrecht gemäß erachten; um aber so lange wie möglich einem Zusammenstoße zu entgehen, haben wir für gut befunden, unsere Truppen nach dieseits der Eider zurückzuziehen.

Hamburg, Montag 21. Dezember, Abends. Soeben inhibiert die Polizei die militärischen Exercitien in der Turnhalle; sie schließt und besetzt das Lokal und verhaftet den die Liste einer Kompagnie führenden Feldwebel. — Dem Vernehmen nach findet morgen eine Versammlung holsteinischer Ständemitglieder statt. — Zu der auf Mittwoch in Elmshorn beabsichtigten großen holsteinischen Volksversammlung werden Deputationen aus allen Landestheilen erwartet; es heißt, diese Versammlung wolle den Herzog proklamieren.

Paris, Montag 21. Dezember. Die heutige „France“ meldet: Der Kaiser empfing heute die Deputation des Senats; er hielt eine sehr friedliche Rede und sagte, ein Krieg in Europa wäre Bürgerkrieg.

Die polnische Frage.

Ueber die diplomatische Phase, in welcher sich die polnische Frage gewißt befindet, erhalten wir Andeutungen von einer Seite, woher wir sie gar nicht vermuteten. Diese Andeutungen scheinen nicht ohne positive Grundlage, obgleich sie ihre Quelle nicht in europäischen Kabinetten, sondern in Zeitungsnachrichten und den auf sie gestützten Kombinationen haben. Daß sie eine polnische Färbung tragen, erklärt sich schon aus der Aufnahme in den hiesigen Oziennik, dem wir das Weitentlich darüber entlehnen wollen. Russland — sagt das Blatt — kann Polen sich in der Lage nicht erhalten, in welcher die Wiener Verträge es ihm überliefert haben; wie in der letzten Zeit so kann das Regiment nicht weitergeführt werden, aber die Annahme einer andern Regierungsweise läßt fürchten, daß die Gewalt ganz verloren gehe. Die Mittel der Milde und der Strenge, das System Wielopolskis, wie das System Murawieffs, die Reformen Milutins und Hilferdings haben sich als unfruchtbar erwiesen; in Litthauen hat der Kaiser zur Deportation als letztem Mittel greifen müssen, und des Theiles von Polen, der sich nicht zur Russifizierung eignet, wird er sich eiligst zu entschlagen trachten. Dieser Theil ist das Kongresskönigreich ohne das Augustowoo Gouvernement und etwa ein Stück von Podlachien. Dahin drängt wenigstens eine russische Partei.

Diese Partei trägt sich nach dem „Oziennik“ mit zweierlei Kombinationen, ja sie mag selbst in zwei verschiedene Faktionen zerfallen. Eine dieser Kombinationen geht dahin, aus diesen abgetrennten Theilen des Kongresskönigreich ein kleines unabhängiges Ländchen für den Herzog von Leuchtenberg zu bilden, das natürlich in dynastischer Verbindung mit Russland bleibe und von da aus mithin seine Stellung angewiesen erhielte. Diese Kombination hat zu ihrer Basis ein russisch-französisches Bündniß,

dahin zielen würde, das Uebergewicht in Europa zwischen Frankreich und Russland zu teilen und neben dem westlichen Kaiserthum ein östliches auf der Grundlage des Panislavismus zu errichten. Das Opfer dieser Kombination würde zunächst Ostreich, dann vielleicht auch Deutschland werden. Das Sinnlose und Unpraktische dieses Planes ist oft genug dargelegt worden, und er scheint für jetzt gegen die andere Kombination in den Hintergrund getreten zu sein. Über diese treten dagegen immer intensivere Gerüchte auf.

Es ist die Rede von einer dritten Theilung Polens. Das Stück von Polen, dessen sich Russland zu entäufern wünscht, würde geteilt werden zwischen Preußen und Ostreich. Dadurch würde, meinen die Anhänger dieses Plans, sich das Interesse der drei Mächte, welche Theile von Polen besitzen, völlig gleich stellen, und die Verbindung zwischen ihnen, welche österreichischer Seite in neuester Zeit ins Schwanken geriet, würde für alle Zeit bestigt sein. Die drei Mächte würden bei vereinigtem Anlaß gegen das polnische Element in demselben leicht für immer das Geleiste nach Unabhängigkeit und selbstständiger Entwicklung unterdrücken. Polen würde für die Zukunft aller Hoffnung entsagen.

Diesen Plan zur Ausführung zu bringen, bedürfe es in erster Reihe der Zustimmung Preußens und Ostreichs, sodann aber derjenigen der beiden Westmächte, welche am meisten geeignet wäre, auf den Handel einzugehen, unter gegebenen Umständen also Englands. Das seit dem Abschluß der Februarkonvention kursirende Gerücht, wonach Preußen unter gewissen Voraussetzungen das Kongresskönigreich bis zum Narew, der Weichsel und Pilica erhalten sollte, sei nicht ohne Grundlage, und es würden sich in Preußen auch wohl die Elemente zur Ausführung dieses Projekts finden. An der Gewinnung Ostreichs für dasselbe werde seit einiger Zeit nicht ohne Aussicht eifrig gearbeitet. Ostreich, zwischen seinen verschiedenen Nationalitäten gestellt, könne natürlich nur mit großer Vorsicht auf dergleichen Vorschläge eingehen, es habe im Übrigen bei dem Angebot der französischen Freundschaft sogar bis jetzt noch die freie Wahl zwischen Russland und Frankreich; indeß ergebe sich aus vielen Anzeichen, insbesondere aus dem Verfahren Ostreichs gegen die polnische Bewegung in Galizien, daß es sich neuerdings ganz dem Kaiser von Russland zuwendet habe.

Da außer dem südlichen Theil des Kongress-Königreichs Russland Ostreich nichts zu bieten hat, so sucht es ihm seine Dienste zu leihen durch seinen Vermittlungsversuch zur Ausführung des Hansekriegs mit Ungarn. Diesem Zwecke gelte der Aufenthalt des Großfürsten Konstantin in Pesth und Wien. Die österreichische Regierung fühlt das dringende Bedürfnis einer Auslösung mit Ungarn und werde als Preis derselben ihm die alte Autonomie bewilligen; es sei daher wahrscheinlich, daß sich das Ministerium Rechberg-Schmerling nur bis zum Februar behaupten werde, wo der Kaiser selbst nach Pesth gehen werde, um den Verföhnungskampf zu besiegen.

Mit diesem Uebereinkommen auf Kosten Polens wird sich England, glaubt man, einverstanden erklären, wenn ihm von den beiden deutschen Großmächten entsprechende Zugeständnisse in der schleswig-holsteinischen Frage gemacht werden. Es gehe England hauptsächlich nur darum, seinen verlorenen Einfluß auf dem Kontinent wieder herzustellen; und in dem Glauben, denselben einerseits auf Dänemark, anderseits auf Griechenland basiren zu können, trete es jetzt für die dänische Gesamtmonarchie auf, deren dynastische Verbindung mit Griechenland ihm dort einen Stützpunkt sichere. Die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls ist daher Gegenstand seiner angelegentlichen Bemühungen, und um den Preis des Uebereinkommens von 1852 werde England wie Frankreich in die neue Verlegung der Wiener Kongressakte willigen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 21. Dez. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Das rheumatische Unwohlsein, an welchem Se. Maj. der König seit mehreren Tagen gelitten hat, ist bereits im Abnehmen begriffen; doch hat Se. Maj. die gewöhnlichen Vorträge noch nicht annehmen können.

Die „Berl. Börs. Ztg.“ schreibt: Wir erhalten heute über die augenblickliche Situation der schleswig-holsteinischen Angelegenheit aus bester Quelle folgende Mittheilungen: Es darf nunmehr als feststehend angenommen werden, daß die Dänen den deutschen Executionstruppen keinen Widerstand entgegensetzen, sich vielmehr eventuell hinter die Eiderlinie zurückziehen werden. Dagegen dürfte diese Nachgiebigkeit die Sache keineswegs zum Aufrag bringen, da in der letzten Zeit hier an maßgebender Stelle mehr und mehr die Verfassungsfrage von der Successionsfrage verdrängt und der Entschluß zum Rücktritt vom Londoner Protokoll als sehr wahrscheinlich anzusehen ist. (?) Diese der Augustenburger Erbfolge in den Herzogthümern günstige Strömung ist einen Theils durch am hiesigen Hofe selbst thätige Einflüsse, anderthalbs durch die Rückicht auf die Haltung der deutschen Mittelstaaten und die Besorgnis vor der aus dem bisherigen Verhalten Preußens drohenden Isolierung, veranlaßt worden. Der Rückzug der Dänen aus Holstein dürfte daher durchaus keinen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge mehr ausüben, da es sich jetzt wesentlich um die Zusammenghörigkeit Schleswig-Holsteins und die damit eng zusammenhängende Erbfolgefrage handelt.

Die „B.H.Z.“ erfährt aus einer Quelle, „deren Glaubwürdigkeit keinen Zweifel gestattet“, daß Ostreich auch den zweiten Versuch Frankreichs, einen Kongress zu Stande zu bringen, in sehr verbindlichen Formen ablehnend beantwortet hat.

Auch der badischen Regierung ist von Seiten der preußischen Regierung die Anzeige von der Kündigung des Zollvereins zugegangen. Die „Karlsr. Ztg.“ bemerkt dazu: Die Kündigung des Zollvereins ist nicht als eine Auflösung derselben zu betrachten; die in Berlin stattgehabten Verhandlungen lassen die Fortsetzung derselben auch unter zeitgemäß fortentwickelten Grundlagen erhoffen. Jener Alt der preußischen Regierung hat darnach wesentlich eine formelle Bedeutung und

müste, da die Zollverbündeten sich in dem Wunsche nach einem solchen Fortschritte begegnen, erfolgen, wenn nicht die unveränderte Fortsetzung derselben eintreten oder die Verwirklichung nothwendiger Reformen erheblich erschwert werden sollte.

Die Verhandlungen des Fürsten von Bentheim-Teklenburg-Rheda mit dem Staatsministerium sind so weit gediehen, daß deren Abschluß täglich zu erwarten oder vielmehr zu befürchten steht. „Nach allem bisher bekannt Gewordenen, schreibt die „Rhein. Z.“, würden die preußischen Staatsbürger, welche auf dem ehemaligen Gebiete der Dynastie Bentheim-Teklenburg-Rheda wohnen, durch diesen Vertrag in eine wesentlich schlimmere Lage als die übrigen Preußen kommen.“ Uebrigens ist auch jetzt wieder eine Kommission des Abgeordnetenhauses mit einer Prüfung der Verträge beschäftigt, welche die Staatsregierung mit den ehemaligen Reichsumittelbaren geschlossen hat.

In diesen Tagen zirkulierte im Abgeordnetenhaus folgendes Flugblatt: „Ansprache an die Versammlung der deutschen Abgeordneten zu Frankfurt am Main: „Die Zeit ist gekommen, in welcher Deutschland nur die Wahl bleibt, sich zu erinnern, um im Bunde mit dem Westen Russland aus Europa zu weisen, oder den Asiatismus, getragen durch die heute kräftiger als je wirksame heilige Allianz über sich hereinbrechen zu sehen. Von allen Franzosen denkt der Kaiser am wenigsten an die Eroberung der Rheingrenze. Das Londoner Protokoll aber ist eins der Mittel, durch welche Russland mit seinen weit berechneten Plänen sich weiter nach dem Westen vorschreben will. Die Befreiung der deutschen Herzogthümer von den russischen Acquisitionsbestrebungen auf den Sund wird nur eine dauernd gesicherte werden, wenn Russland aufhört, eine europäische Macht zu sein, das heißt, wenn Deutschland Polen aus den erdroßelten Armen des Asiatismus heraus zu sich herüber und in die Reihe der civilisierten Staaten zurückzieht. Berlin, den 21. Dezember 1863. Dr. Meißig, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.“

Der Regierungspräsident Sebaldt zu Trier hat am 19. d. seine Dienstentlassung erhalten und dies in folgender Erklärung angezeigt:

„Ich sage den mir befreundeten Bewohnern der Stadt und des Regierungsbezirkes Trier ein herzliches Lebewohl. Mein nunmehr eingetretenes Auscheiden aus dem Dienste ist, unter gewissen Voraussetzungen, eine Nothwendigkeit geworden, welche ich selbst anerkannte. Ich nehme Abschied, doch nicht für immer. Ich komme wieder, wenn auch nicht als Berufsmann, doch um so gewisser aus Herzenssegnung; denn auf mein Bürger- und Heimathsrecht verzicht zu leisten, bin ich nicht gekommen. Wer es gut mit mir meint, unterläßt jede öffentliche Kündigung der Sympathie; sie würde mich vorzeitig von Trier verdrängen und mir durch Weisdeutung Schaden thun können. Trier, den 19. Dezember 1863. Der Regierungspräsident z. D. Sebaldt.“

Thorn, 19. Dez. Der Handelskammer ist unter dem 17. d. M. vom königl. Haupt-Zollamt nachstehendes Anschreiben zugegangen: „Auf das von uns vorgelegte Gesuch der Handelskammer vom 10. d. M. hat der Herr Provinzial-Steuerdirektor durch Verfügung vom gestrigen Tage bis auf Weiteres genehmigt, daß auf der Bromberg-Warschauer Eisenbahn Getreidetransporte in offenen Güterwagen über die Grenze eingelassen und unter Beamtenebegleitung bis Bahnhof Thorn befördert werden, um daselbst zur zollamtlichen Abfertigung resp. zur Weiterversendung unter Begleitscheinkontrolle zu gelangen, sofern die interessirenden hiesigen Disponenten sich dazu bereit erklären, die durch die amtliche Begleitung und die etwa erforderliche nächtliche Bewachung entstehenden Kosten zu tragen. — Indem wir der Handelskammer hervon Kenntniß geben, beeilen wir uns Wohlderselben gleichzeitig mitzuteilen, daß der Herr Provinzial-Steuerdirektor über den weitergehenden Antrag auf Zulassung des Anlageverfahrens für Getreidetransporte in offenen Güterwagen auf der Bromberg-Warschauer Bahn dem Herrn Generaldirektor der Steuern Bericht erstattet hat. — Wir haben das Nebenzollamt zu Orlitzyn und unsere Bahnhofsabfertigungsstelle mit Anweisungen versehen“ etc.

Trier, 17. Dezember. Wie die Zeitungen melden, wurde die hiesige Stadtverordnetenversammlung von der königlichen Regierung gefragt, ob sie für Abschaffung der Schlach- und Mahlsteuer

sei. Laut Beschuß der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Dezbr. hat sie sich gegen Abschaffung ausgesprochen.

Destreich. Wien, 19. Dezember. Der hiesige Korrespondent der „Schlef. Z.“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß Herr Drouyn de Lhuys den französischen Botschaftern in Wien und Berlin definitive Instruktionen für ihr Verhalten in der dänischen Streitsache zugesetzt hat, und dieselben am gestrigen hier resp. in Berlin eingetroffen sind. Die Instruktionen beruhen auf dem Entschluß des Kaisers Napoleon, den Herzog von Augustenburg in erster Reihe als Souverän von Schleswig-Holstein anzuerkennen, sobald die Bevölkerung denselben nach dem Eintreffen der Bundesstruppen in Holstein als ihren Fürsten proklamirt und die Herzogthümer ihn anerkannt haben werden. Ob der Botschafter sich bereits bereit hat, den Inhalt dieser Instruktionen dem Grafen Rechberg mitzuteilen, darüber ist mir bis zur Stunde nichts bekannt geworden.

Sachsen. Dresden, 19. Dezember. Ueber das Tragen der schwärz-roth-goldenen Kordonen von Seiten der nach Holstein abgegangenen sächsischen Truppen bemerkte das officielle „Dresd. Z.“ Folgendes: Nach einem Bundesbeschuß vom 20. März 1848 soll das Erkennungszeichen für die Bundesstruppen aus den Farben schwarz, roth, gold bestehen; ferner aber besagt eine Bestimmung der gesetzliche Kraft habenden Bundes-Kriegsverfassung, daß bei Auflistung des Bundesheeres vom Oberfeldherren für alle Bundes-Contingente ein gemeinschaftliches Erkennungszeichen vorgeschrieben werden soll. Um nun nicht dem Bundesfeldherren vorzugreifen, hat man die sofortige Anlegung zwar suspendirt, aber die Truppen darauf aufmerksam gemacht, daß der Fall eintreten könne, und alle Vorbereitungen demgemäß getroffen.

Baden. Heidelberg, 18. Dezember. Der bairische Bundestagsgesandte v. d. Pfadten hat den hiesigen Staatsrechtslehrer Prof. Zoepfl, zu einem Gutachten in der schleswig-holsteinischen Sache aufgefordert. Professor Zoepfl wird der Aufforderung entsprechen und seine Ansicht kundgeben. (S. M.)

Frankfurt a. M., 21. Dezember, Vormittags. [Telegr.] Der Abgeordnetentag wurde heute um 10½ Uhr im Saalbau durch Sigmund Müller von hier eröffnet. Anwesend gegen 900 Mitglieder aus allen Theilen Deutschlands; die Gallerien und Diplomatenlogen dicht besetzt. Die Versammlung ernannte Sigismund Müller zum Präsidenten, v. Lerchenfeld aus München und v. Bennington aus Hannover zu Vicepräsidenten. Es werden Adressen verlesen von den Deutschen in Basel und im Kanton Aargau und von Neustadt in der Pfalz, die den Abgeordnetentag auffordern, die Ehre Deutschlands zu wahren. Der Professor Edel aus Würzburg begründet den Ausschusshandlung, der dahin geht,

dafür zu wirken, daß das Recht des Herzogs Friedrich anerkannt, die Anerkennung durch den Bund erwirkt, dem Rechte Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen und ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Außerdem liegt ein Antrag mehrerer Ausschussh-Mitglieder vor, daß ein Ausschuss von 36 Mitgliedern ernannt werde als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für die Durchführung der Rechte der Herzogthümer und ihres rechtmäßigen Herzogs.

Sächs. Herzogth. Coburg, 19. Dez. Die „Coburger Zeitung“ enthält Folgendes: „Dem Wiener „Vaterland“ wird von einer „sehr entschieden gehaltenen Note des Herrn v. Bismarck an Herzog Ernst von Sachsen-Coburg“ berichtet, worin von den „auf Störung des Bundesfriedens gerichteten Bestrebungen“ in der schleswig-holsteinischen Sache die Rede sein soll.“ Ferner meldet die Wiener „Presse“ aus Prag: „Der Herzog von Coburg ließ gestern den hiesigen, auch in Wien bekannten Kleiderfabrikanten, Brüder Krach, den Auftrag zukommen, in der allermöglichst kürzesten Zeit 30,000 Uniformen für die Arme des Herzogs von Augustenburg anzufertigen.“ Wir können beide Nachrichten für unbegründet erklären.

Kurzer Abriss der Geschichte Schleswig-Holsteins.

Da die Augen von ganz Europa auf den so schwergeprüften, so tapfer ausharrenden deutschen Herzogthümern im Norden ruhen, in diesem zur Entscheidung einer jedes deutsche Herz tief bewegenden Frage hindringenden Augenblick wird unsern Lesern ein kurzer Abriss der Geschichte Schleswig-Holsteins gewiß willkommen sein.

Karl der Große hat im Jahre 803 Holstein dem deutschen Reiche einverlebt. Heinrich I. unterwarf 931 Schleswig und Otto der Große drang 948 bis zum Ottensee vor. Die Stadt Schleswig mit dem umliegenden Territorium gehörten zu Sachsen, und zur Befestigung des Christenthums wurden die Bischofthümer Schleswig, Aarhus, Ribe errichtet. Deutsche Sprache und deutsche Sitte herrschten und erhielten sich aufrecht in langen wiederholten Kämpfen; denn die Lehnsüberhoheit Deutschlands, oft behauptet, und eben so oft bestritten, konnte nur mit dem Schwerte in der Hand aufrecht erhalten werden. Kein Mittel ließ Dänemark untersuchen, Schleswig an sich zu reißen; frühzeitig war es der Schauplatz ränkevoller List, brutaler Gewalt, blutiger Kämpfe. Immer ward Dänemark mit dem Schwerte in der Hand genötigt, Deutschlands und Schleswigs Recht anzuerkennen. Otto II. verbrannte 975 das hölzerne Danewerk; Suen, König von Dänemark, huldigte Friedrich I. Barbarossa 1162 zu Merseburg; 1249 und 1369 eroberte die Hanse Kopenhagen und erzwang das Recht, das ihr freiwillig nicht gewährt werden sollte.

Rudolf IV. von Dänemark eroberte 1200 Holstein; Friedrich II., der Hohenstaufen, trat für das deutsche Reich aller Länder über Elbe und Eyder an dänemark ab. Wo Kaiser und Reich nicht zu helfen im Stande waren, da halfen die tapferen Holsten sich selbst. Friedrich, Graf von Schwerin, nahm Waldemar II. von Dänemark 1223 gefangen; Holstein, Mecklenburg, Pommern, Hamburg und Lübeck befreiten sich vom Dänischen Joch, und Waldemar, welcher bei seiner Freilassung, 1226, allen deutschen Ländern entsagte, ward 1227 durch die Niederlage bei Bornhöerde für den eidbrüchigen Versuch der Wiedereroberung manhaft gestrafft.

Schon Waldemar's Konstitution, 1326, spricht aus, das Schleswig niemals mit Dänemark vereinigt werden solle; und beim Aussterben der Herzöge von Schleswig, 1375, wird Schleswig mit Holstein vereint unter gemeinschaftlichen Landesherrn, bis auf den heutigen. Nordjütland und Jütland waren vom Grafen Gerhard von Holstein 1332 schon erobert, aber nur bis 1340 behauptet worden; dagegen sollten die Kriege Erichs von Dänemark, 1412 bis 1435, den Grafen von Holstein Schleswig vollständig entziehen. Nur dem treuen Beistande der mächtigen deutschen Hanse verdankten sie den Sieg.

Erich verlor seine drei Kronen — Dänemark, Norwegen, Schleswig — 1439. Nach Christoph des Bayern, Erich's Schwiegerohnes, kinderlosem Tode, wählten die Dänen Christian I. von Oldenburg zum Könige, nachdem Adolph VIII., Herzog von Schleswig-Holstein, die Krone abgelehnt. Adolph VIII. erneute die Bestimmung, daß Schleswig niemals mit Dänemark vereinigt werden sollte, 1448, und Christian I. stellte ein Dokument aus, in welchem er sich und alle seine Leibeserben dazu verpflichtet, niemals das Herzogthum Schleswig mit dem Königreiche Dänemark zu vereinigen.

Als Herzog Adolph VIII. von Schleswig-Holstein 1459 kinderlos starb, erwählten die Schleswig-Holsteiner den König Christian I. von Dänemark zu ihrem Herzoge, und er bekannte in dem ihm 1460 ausgestellten Freiheitsbriefe:

„Dass ihm Prälaten, Ritterlichkeit, Städte und Einwohner von Schleswig-Holstein aus freiem Willen und aus Gunst zu seiner Person zum Landesherrn angenommen und ihm gehuldigt haben, nicht als einem Könige von Dänemark, sondern als einem Herzoge von Schleswig-Holstein.“

Die Nachfolge in den Herzogthümern wird dem Mannesstamme ausdrücklich zugesichert. (Im Gegensatz zu dem von Suen Otto (991—1014) in Dänemark eingeführten Erbrechte der Töchter.) Christian I. und seine Nachkommen sollen die Herzogthümer nicht als Könige von Dänemark, sondern als Herzöge von Schleswig-Holstein regieren. Christian I. versichert eidlich in dem Freiheitsbriefe (Kapitulation):

Schleswig und Holstein sollen ewig ungetrennt beisammen bleiben; die Einwohner sind nicht verpflichtet, außerhalb Schleswigs und Holsteins Dienste zu leisten; keine Abgabe soll ohne Zustimmung der Landstände erhoben werden; keine Münze soll eingeführt werden, die nicht in Hamburg und Lübeck gangt und gebe; nur Landeseinwohner sollen als Beamte angestellt werden; kein Einwohner soll vor ein auswärtig Gericht kommen, kein Däne oder Ausländer soll sie richten; der Landesherr soll ohne Zustimmung der Stände keinen Krieg anfangen; das Wahlrecht der Schleswig-Holsteiner ist anerkannt; der Landtag soll jährlich zusammentreten; jeder nachfolgend Landesherr soll diese Freiheiten bestätigen; wenn er es nicht will, können die Stände einen andern männlichen Nachkommen Christian I. zu ihrem Herzoge wählen.

Die Verhältnisse der Herzogthümer zu Dänemark waren auf diese Weise, sollte man meinen, klar und deutlich bestimmt, für alle Zeiten und Verhältnisse geregelt.

Von 1581 bis 1773 regierten immer zwei Herzöge, von denen der eine zugleich König von Dänemark war. In wichtigen Angelegenheiten

Schleswig-Holstein.

Altona, 19. Dezember. Die Verballonierung des Brückenkopfes in Rendsburg ist fast vollendet. Bald wird dieses kleine, an und für sich unbedeutende Wallwerk die uralt deutsche Stadt Rendsburg in zwei Theile spalten: südlich das Neuwerk, nördlich die Altstadt mit dem Brückenkopfe. Im Norden der Altstadt fließt die schiffbare Eider. Wenn in übrigen deutschen Blättern zu lesen ist, daß in Bezug auf Rendsburg und Friedrichstadt bereits ein Abkommen getroffen sei, oder doch getroffen werden solle — ähnlich dem in Betreff der Citadelle von Antwerpen zwischen Holländern und Franzosen geschlossenen, so beruht diese Angabe auf vollkommener Unkenntniß der Sachlage. Weder für Rendsburg noch für Friedrichstadt ist ein solches Verfahren denkbar. Ein Angriff auf die Werke ist ein Angriff auf die Stadt selbst. (B. A. Z.)

Flensburg, 18. December. Der Transport von Militärfesseln aus Holstein und von Kriegsmaterial aus Sonderburg, Fredericia, Randers, Kopenhagen &c. auf hier nimmt immer größere Dimensionen an. In den letzten Tagen langte im Flensburger Hafen wiederum eine Anzahl Schiffe an. Vom Norden, größtentheils aus Seeland und Fünen, treffen täglich Pferde für die Artillerie und den Train ein und gehen von hier südwärts ab.

Lübeck, 18. Dezember. Aus der Umgegend von Segeberg eben eingetroffene Nachrichten bestätigen, daß die dänischen Truppen von dort in der Richtung nach Rendsburg abmarschiren. Bei Rendsburg soll die Konzentrierung größerer dänischer Streitkräfte beabsichtigt werden. (L. Z.)

Nachdem die sächsischen Exekutionstruppen Mecklenburg erreicht und an der lauenburgischen Grenze Kantonements bezogen haben, hat mit dem 18. Dezemb. der Einmarsch der preußischen Truppen unter Befehl des Generalmajors v. Canstein begonnen, dem als Generalstabsofficier der persönliche Adjutant des Prinzen Friedrich Karl, Major v. Witzendorf, beigegeben ist. Diese Truppen langen in 13 Exzesszügen bis zum 19. Dezember Abends an und werden in der Gegend von Hagenow und Wittenburg einquartirt. Sie bestehen aus den Infanterie-Regimentern Nr. 35 und 60, dem brandenburgischen Husaren-Regiment Nr. 3. und 2 Batterien.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Dezbr. [Zur deutsch-dänischen Streitfrage.] Während der vorigen Session erklärte der Earl von Ellenborough im Hause der Lords, daß der König von Dänemark zwar geschworen habe, Schleswig nicht einzuerben zu wollen, aber diesen Eid, als gegen die Interessen seiner Krone und Nation gerichtet, nicht zu halten brauche, ja, nicht halten dürfe. In demselben Sinne hat die gesammte englische Presse seit Jahren rasonirt; bald behauptet, daß keine dänische Verbindlichkeit vorhanden ist, bald, daß sie nicht formel, bald, daß sie schon erfüllt sei. Sie scheint in der That zu glauben, daß nur deutsche Verpflichtungen heilig, aber daß sie auch dann heilig seien, wenn Deutschlands Gegner die seinen hundert Mal gebrochen hat. So viel, was die Moralpredigten der „Times“, der „Morning Post“ und des „Morning Herald“ betrifft. Augenblicklich verdammen die leitenden Blätter aus Anlaß der Adressdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus die Politik der deutschen Liberalen als unmoralisch und selbstmörderisch, und beloben die Haltung der deutschen Großmächte, insoweit dieselbe der dänischen Sache günstig scheint. Wie die englische Presse die Deutschen mit Napoleon zu schrecken pflegt, so pflegt sie die Dänen durch das Versprechen schwedischer Hilfe aufzumuntern. Aber es erheben sich allmählich Zweifel an dem Zustandekommen der schwedisch-dänischen Allianz. Gleich dem „Advertiser“ findet jetzt auch der „Daily Telegraph“, daß Schweden eben kein Interesse und allem Anschein nach auch keinen Wunsch habe, für die Festigung des glücksbürgers Thrones zu wirken, und daß den skandinavischen Einheitsplänen die Trennung der Herzogthümer von Dänemark mehr als irgend ein anderes Ereignis zu Statten kommen würde. Da Schweden über eine Armee von ungefähr 125,000 Mann und eine Flotte von 1200 Kanonen gebiete, so würde Dänemark gewiß, wenn es nur der schwedischen Hilfe im Kriegsfalle sicher wäre, sich keinen

war die Regierung eine gemeinschaftliche; administrativ ic. theilte man königlichen, Gottorpschen (fürstlichen) und gemeinschaftlichen Anteil.

Streitigkeiten, Misshelligkeiten und Feindseligkeiten machten sich wiederholt bemerkbar. Die Gottorpschen Händel, 1675 endigten mit dem Frieden von Fontainebleau, 1679, in welchem die Herzöge von Holstein-Gottorp in ihrer Souveränität über Schleswig restituirt wurden. Der Vergleich zu Altona, 1689, bestätigte sie aufs Neue; 1700 kam es zu einem Kriege zwischen Dänemark und den Gottorpschen Herzögen und zu einer neuen Anerkennung ihrer Souveränität. Im Jahre 1714 ward Gottorp von den Dänen erobert, nachdem 1713 Steenbock bei Tönningen gefangen. Friedrich IV. nahm Schleswig in Besitz und verdrängte seinen Mitregenten, weil der Schwede in Schleswig eingefallen war und in Tönningen Zuflucht gefunden hatte. Schleswig ward zu einem Ganzen vereinigt. 1773 verzichtete Großfürst Paul von Russland auf seine Ansprüche auf die schleswig-holsteinischen Lande, da die jüngere Gottorpsche Linie Oldenburg und Delmenhorst erhielt.

1814 im Frieden zu Kiel, zwischen Dänemark und England, ward Helgoland an England abgetreten; 1815 durch den Wiener Kongress wuchs Lauenburg anstatt des an Preußen kommenden Rügen den Herzogthümern zu. Sie umfassen heute 341 Q.-Meilen mit 1,005,000 Einwohnern, und zwar Schleswig 167 Q.-Meilen mit 410,000 Einwohnern, Holstein 155 Q.-Meilen mit 545,000 Einwohnern, Lauenburg 19 Q.-Meilen mit 50,000 Einwohnern.

Holstein und Lauenburg sind immer deutscher Zunge gewesen; Schleswig und Südjütland sind durch ihre Verbindung mit dem Deutschen germanisiert, in der jüngsten Vergangenheit freilich auch, theilweise wenigstens, mit Gewalt dänisiert worden. Das Zahlverhältnis Schleswigs stellt sich auf 39 Prozent für deutsche, 34 Prozent für dänische, 21 Prozent für deutsch-dänische und 7 Prozent für friesische Bevölkerung.

Seit 1660 hatte man von dänischer Seite ab und zu die Versuche gemacht, die Schleswig-Holstein zustehenden Rechte zu beschneiden. Die Gesetzgebung für Schleswig-Holstein war selbstständig; der höchste Gerichtshof der Herzogthümer war in Kiel; nächst diesem die Landesuniversität u. d. ein Sanitätskollegium. Landstände und Ritterschaft tagten in dieser Hauptstadt der Herzogthümer, und ein vollständig getrenntes Zollwesen bildete eine Schranke zwischen ihnen und Dänemark.

Erst 1836 stellte Orla Lehmann es als eine Nothwendigkeit für Dänemark dar, Schleswig zu dänisieren. In wenig Jahren schaarte diese Idee ein ziemlich bedeutende Partei um sich, welche nach Friedrich VI. Tode schnell das Haupt erhob. Niels Hansen, Peter Hjort Lorenzen, Flor, Paulsen, Laurids Skau, Peter Christian Koch, Heilberg und Hertel sind nächst Orla Lehmann als die Hauptträger derselben zu ernennen.

Augenblick befinden, der Exekution mit den Waffen entgegenzutreten. Aber es sei der schwedischen Hülfe nicht sicher, und daher sein Zaudern.

Franzreich.

Paris, 19. Dez. [Die Adresse.] Nachdem der Senat gestern den ganzen Adressentwurf genehmigt hat,theilen wir heute den Schluss dieses Schriftstückes mit:

Geflatten Sie uns nunmehr, Sire, zu dem großen Gedanken der Mde. Majestät zu gelangen. Während der letzten Session erhielten die Angelehrten Polens eine unvorhergesehene Wichtigkeit, und durch eine Tagesordnung, welche ein vollständiges Vertrauen in die Politik Mde. Majestät ausdrückte, schloß sich der Senat den lebhaften Sympathieen für das Unglück jenes Landes an. Denn jeder Schlag, der es trifft, hält in Frankreich weithin wieder. Indem Mde. Majestät eine kollektive diplomatische Aktion mit England und Österreich einging, war dieselbe zu der Hoffnung berechtigt, daß Russland, auf freundlichen Rath und die Stimme der Menschlichkeit hörend, einem unterdrückten Volke günstige Bedingungen gewilligen würde. Russland hat sich aber mit den drei Mächten nicht verständigt. Hierauf bat nun Mde. Majestät alle Mittel der Versöhnung zu erschöpfen gewünscht und durch weitere Ausdehnung seiner Friedenspläne an die Höhe Europa's den Vorschlag zu einem Congreß gerichtet, der sämtliche Fragen, welche eine durch schwierige Übergänge und Neuerungs-Bestrebungen so tief gestörte Zeit, wie die unselige, bedrohen, seinem Schiedsprüche unterziehen sollte. Sire, Frankreich, das Ihren Waffen mit Begeisterung auf die Schlachtfelder der Irland und der italienischen Halbinsel gefolgt ist, Frankreich, das überall und stets mit Ihnen sein wird, wird glücklich sein, Sie zu diesem Areopag zu geleiten, der berufen ist, durch den Geist der Neuzeit den europäischen Vertrag neu zu gestalten. Bei Beginn dieses Jahrhunderts befürwortete sich der Wiener Kongreß mehr um die eben erst aufgetauchten Gefahren der französischen Revolution, als um die geheimen, aber furchtbaren Umgestaltungen, welche die Mühzezeit des Friedens bald in den Ideen und Interessen der Völker hervorruhren sollte. Deßhalb hat auch die Zeit jene Combinationen zerstört oder unterdrückt, so daß das ganze Gleichgewicht von 1814 und 1815 in Gefahr schwebt. Nicht Frankreich beflagt sich über den Verfall der Schmerzensverträge aus jener Zeit; allein es empfindet auch keine Freude darüber, daß Europa auf so unzuverlässiger, wankender Grundlage seine gefährliche Existenz fortführt. Es hat also Ihrem Kongreßvorschlag mit Jubel begegnet, dieser durch die höchste Umsicht eingegebenen Idee, welche unserem Vaterlande eine von jedem Verdachte des Ehrgeizes freie Genugthuung, Europa die Würdhaft des Friedens und die Entwicklung, der Civilisation eine freie und weite Entwicklungsbahn darbietet.

Mögen die Souveräne, durch ihre hohe Einsicht und den Geist der Neuzeit geleitet, sich Mde. Majestät für eine Aufgabe anschließen, die den Kämpfen zuvor kommt, anstatt deren Ausbruch abzuwarten, welche die verschiedenen Anprüche regeln und das Recht der Regierungen in Einklang mit den gerechten Bestrebungen der Völker setzen wird. England hat indeß beschlossen, sich zu enthalten; seine Ausnahmelage gestattet ihm vielleicht weniger als Mde. Majestät, von den Gefahren des Status quo berührt zu sein; allein die übrigen Regierungen können nur, einer zusammenbrechenden Vergangenheit gegenüber, durch Begründung einer Situation gewinnen, die fortan weder bedroht noch verkannt werden darf. Auch die Völker werden dabei gewinnen, daß sie in eine Zukunft der Transaktion und der Eintracht eingehen. Was auch geschehen möge, das Land wird Mde. Majestät nicht desavouiren, nachdem dieselbe jeder Verantwortlichkeit Rechnung getragen und nach den Mahnungen der Weisheit zu Europa gesagt hat: „Ich spreche im Namen Frankreichs.“

[Börjenskandal.] Heute fand an der Börse eine Art Emeute statt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der Handel mit solchen ausländischen Papieren, die an der hiesigen Börse nicht offiziell notiert sind, durch Anschlag verboten. Derselbe dauert aber doch fort. Heute nun sollte derselbe um jeden Preis verhindert werden, und eine gewisse Anzahl Agenten in Civil stellte sich an der Börse ein, um dem Verbot Geltung zu verschaffen. Unjern Bourriers war dieses aber nicht recht, und viele boten den Agenten Trost, indem sie ihre Geschäfte fortsetzten und gegen die Agenten, die keine Uniform trugen, anraunten. Derselben holten nun die Polizei-Sergeanten zu Hilfe, es kam zu heftigen Wortwechseln und Protestationen, einige Bourriers wurden aus der Börse vertrieben, andere verhaftet, kurz, es war ein Höllenkalabal. Später machten die Polizei-Agenten die Runde und duldeten nicht, daß die Bourriers an den Orten, wo die auswärtigen Papiere gehandelt werden, Gruppen bildeten. Die Aufregung war groß; es wurden nur sehr wenige Geschäfte gemacht.

Spanien.

— Der Generalkapitän von San Domingo berichtet unterm

Die Landesversammlung ward allmälig umgestimmt, und Petitionen trugen bald darauf an, die schleswigische mit den beiden dänischen Ständeversammlungen zu vereinigen. König Christian VIII. antwortete: „er wolle die staatsrechtlichen Verhältnisse, auf welchen die Selbstständigkeit Schleswigs beruhe, sowie dessen bisherige Verbindung mit Holstein aufrecht erhalten.“ Doch schon im Oktober 1844 beschloß die Ständeversammlung zu Roeskilde — was als ein bedeutsames Zeichen vom wachsenden, um sich greifenden Eiderdänengeiste nicht übersehen werden darf — auf Algreen Uffing's Antrag:

„Der König möge auf eine feierliche Weise zur Kenntnis seiner Untertanen gelangen lassen, daß die dänische Monarchie, das eigentliche Dänemark mit den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg, ein einziges, untheilbares Reich ausmache, welches ungeteilt vererbt werde, nach den Bestimmungen des Königsgesetzes.“

Der Protest der holsteinischen Stände umfaßte die Punkte: die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind selbstständige Staaten, in den Herzogthümern Schleswig und Holstein herrscht der Mannesstamm, und die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind fest mit einander verbunden.

Trotzdem, daß König Friedrich IV. und König Christian VIII. wiederholt zugesichert hatten, daß in der bestehenden Verbindung der Herzogthümer nichts geändert werden solle, erklärt König Christian VIII. in dem offenen Briefe vom 8. Juli 1846, daß das dänische Erbsfolgerecht auch in den Herzogthümern gelten solle, und daß er sich bemühen werde, diese Erbsfolge auch in Holstein zur Geltung zu bringen. — Der offene Brief rief den lebhaftesten Widerspruch wach. Der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung ward untersagt, über die Erbsfolge zu diskutieren; der Prinz Friedrich von Augustenburg legte seine Stelle als Präsident und Statthalter nieder (Herr v. Scheele trat an seine Stelle), Beamte wurden entfernt, Rede und Presse unterdrückt, freimütige Männer verfolgt und die Landstände wurden mit ihren Beschwerden und Anträgen nicht gehört. Der Herzog von Augustenburg und seine Agnaten legen Protest beim deutschen Bunde ein, und dieser erklärte auf die Vorstellung der Stände, daß nur er diese Frage zu schlichten habe.

König Friedrich VII. sagte bei seiner Thronbesteigung, den 20. Januar 1848, in dem Reskript über eine zu gebende Verfassung ausdrücklich, „daß in dem bestehenden Verbande nichts geändert werden solle.“ Aber die Februar-Ereignisse fanden ihren Widerhall in Kopenhagen. Die eiderdänische Partei und Orla Lehmann eiserten furchtbar gegen des Königs Erklärung; eine Pöbel-Emeute in Kopenhagen führte zu dem Kajimo-Ministerium und zu des Königs (erzwungen) Erklärung, „daß Holstein eine für sich bestehende Verfassung haben, Schleswig dagegen

20. November, die Truppen der Division Gondara hätten sich der Stadt Boni bemächtigt, nachdem sie die Rebellen, welche Widerstand zu leisten versucht, zurückgeschlagen hätten.

Rußland und Polen.

Warschau, 18. Dez. Zufolge einer gestern veröffentlichten Verordnung des Ober-Polizeimeisters müssen auf Befehl des Grafen Berg alle Gutsbesitzer, Pächter und Gutsverwalter und deren Familien, welche nur einzweilen in Warschau wohnen, innerhalb 7 Tagen, entweder nach ihren gewöhnlichen Wohnsitzen oder den Kreisstädten ihrer resp. Kreise, in deren Volksbüchern sie eingetragen sind, zurückkehren, also bis zum 23. Dezember Warschau verlassen, widrigfalls sie in den ersten drei Tagen nach diesem Termin in eine Strafe von 10 Skro. pro Tag und nach dieser Frist in eine Strafe von 25 Skro. pro Tag und Person verfallen. Aus ihren Wohnsitzen oder resp. Kreisstädten dürfen sie nur mit Erlaubnis der betreffenden Militairchefs verreisen, und zwar nur bei nachgewiesenen dringenden Veranlassungen. Die Ordre sieht einer Internierung sämtlicher Gutsbesitzer, Pächter und Verwalter sehr ähnlich und hat hier eine große Sensation gemacht. Man denke sich einige Hunderte von Familien, welche hier nach Warschau gekommen, um vor den Grünen der Revolution Schutz zu suchen, welche ihren Haushalt hierher verlegt, und die zu Hause gar nicht eingerichtet sind, oft ihre Wohnungen nicht mehr benutzen können und nun im Winter mit ihren Familien fort müssen! Allerdings wird, wie wir hören, auf die Frauen und Kinder Rücksicht genommen werden, aber das Gedränge auf der Polizei wegen Erlangung dieser Bewilligungen und wegen Erteilung der Pässe ist seit gestern ungeheuer!

In verschiedenen Städten wird gegenwärtig das Unterschreiben von Loyalitäts-Adressen betrieben. Wenn auch nicht angenommen werden kann, daß dieselben der freiwillige Ausdruck der Gesinnung der Unterzeichner sind, so glaubt man doch russischer Seite, daß bereits viele Einwohner zu der Kenntnis gekommen seien, daß ihnen nichts anderes als Unterwerfung übrig bleibt. Insurgentenbanden sind im Warschauer Gouvernement nicht mehr vorhanden; die letzte unter Virtus und Zuava ist, 150 Mann stark, gänzlich vernichtet, der Anführer Zuava getötet, und Virtus (ein ehemaliger österreichischer Offizier) gefangen worden. Auch ein italienischer Oberst Becci ist mit 15 Reitern — dem Rest der Schwiesischen Bande — gefangen worden. — In der Kreisstadt Wielun wurde am 9. d. der Gutsbesitzer v. Szucherski auf Cieciestwo wegen revolutionärer Propaganda und unmittelbarer Beteiligung am Aufstand gehängt. Derartige Exekutionen kommen seit einiger Zeit viel häufiger vor, als früher. Es gibt fast keine Kreisstadt in Polen, wo nicht wöchentlich einer oder mehrere Insurgentenführer kriegsrechtlich hingerichtet werden. (Ostf.-Ztg.)

Aus Warschau, 19. Dezbr., wird der „Schl. 3.“ gemeldet, daß die Nationalregierung soeben wieder eine vom 15. datirte Ansprache an die Nation erlassen hat, die mit der Mahnung schließt: „In der Ausdauer liegt die Erlösung!“ — Ferner ist am 19. Nr. 5 der Verordnungen und Nachrichten der Nationalpolizei erschienen, die trotz aller Vorrichtungsmaßregeln in Federmanns Händen ist. Dieses Blatt bringt unter Anzeige, daß die Polizei geheimen Befehl erhalten hat, die verabschiedeten russischen Offiziere zu beaufsichtigen. Dieser Befehl beweist, schreibt dieses Blatt, daß Russland seinen eigenen Leuten nicht traut „und daß dieselben, so wie die ungetreue Polizei im Stande sind, denselben Verführungen der Wahrheit, Unabhängigkeit und Menschlichkeit zu unterliegen.“ — Ferner berichtet das Blatt, daß die israelitische Gemeinde eine neue Abgabe von 400,000 R. kreiren will, die sehr drückend für die ärmeren Klasse wäre, und später von der Regierung in Beschlag genommen werden könnte. Es warnt daher die jüdischen Bürger, sich dieser neuen Abgabe zu unterwerfen; sie sollen vielmehr die Kreirung derselben möglichst verhindern. — Einem Gerüchte zufolge soll am russischen Neujahr ein kaiserl. Gnadenmanifest mit einer vollständigen Amnestie erscheinen, doch soll zuvor der Kriegszustand noch verschärft werden.

Amerika.
— [Zur Kriegsführung in Amerika.] Die zwischen den

mit Dänemark vereinigt werden, und mit diesem eine gemeinschaftliche Verfassung erhalten sollte.“

Das durch die Volksversammlung im Kasino, 20. März 1848, und die in derselben angenommene Sturmabreise hervorgerufene Ministerium ward von Orla Lehmann, Tscherning, Hydt, Monrad, Graf W. Moltke, Bordenfleth (zwei vormalige Minister) Graf Knud und Graf Blome gebildet; der Wahlspruch der Partei: „Dänemark bis an die Eider!“ als Loßung gegeben. Die von den Ständen aus Niedersburg nach Kopenhagen abgeendete Deputation ward mit ihren „aufrißigerischen Wünschen“ abgewiesen; sie bat ja darum, die Ständeversammlung bei der Herzogthümer vorzulegen, und Schleswig in den deutschen Bund aufzunehmen zu lassen.

Die eiderdänische Partei zwang König Friedrich VII. zum Bruch seines königlichen Wortes, der von ihm beschworenen Verträge, der Verfassung. Bitten, Beschwerden, Deputationen waren vergeblich; mit Gewalt der Waffen sollte der Wille der Partei durchgesetzt werden. Am 4. und 6. März war Befehl gegeben, Schiffe, am 21. März die ganze Flotte auf den Kriegsfuß zu setzen.

Schleswig-Holstein erhob sich, um seine altverbrieften, vielbeschworenen und verbürgten Rechte zu vertheidigen; am 24. März 1848 ward die Festung Niedersburg in Besitz genommen, und eine provisorische Regierung proklamierte sich, bestehend aus Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein, Graf Reventlow, Adolofat Beseler und Schmidt. Der deutsche Bund entschlossen, keinen Eingriff in seine Rechte zu dulden, beauftragte Preußen, einzuschreiten.

In wenig Federstrichen sei der Kampf gedacht, in welchen beinahe alle Stämme des deutschen Vaterlandes ihr Blut für das Recht Schleswig-Holsteins einsetzen — freilich, ohne es zu erkämpfen. Die Gefechte bei Bau, den 9. April 1848, bei Altenhof den 21., bei Schleswig den 23. wurden von den Schleswig-Holsteinern und den ihnen zu Hilfe gekommenen Deutschen Freischäaren geschlagen; das Vorpostengeschäft bei Nibel, am 28. Mai, von den Hannoveranern: das Gefecht bei Düppel, den 5. Juni, von den Preußen; das Gefecht bei Christiansfelde, den 8. Juli, von den Schleswig-Holsteinern.

Der Waffenstillstand von Malmö, den 26. August, mache den Feindseligkeiten vorläufig ein Ende; den 27. März 1849 lief er ab, und am 3. April eröffneten die Schleswig-Holsteiner durch das Gefecht bei Alsbüll den Kampf. Den 5. April fand der glorreiche Kampf bei Eckernförde statt, den 6. schlügen sich die Hannoveraner bei Ulstrup, den 13. die Bayern und die Sachsen bei Düppel, den 23. April die Schleswig-Holsteiner bei Kolding, den 3. Mai bei Taulow. Den 7. Mai fochten

Regierungen von Washington und Richmond schwedende Streitfrage Be treffs der Auswechselung der beiderseitigen Gefangenen scheint sich ihrer Lösung noch nicht näher zu wenden, und die schlechte Behandlung, welche die nordstaatlichen Kriegsgefangenen in den Richmonder Forts und Kellern zu erdulden haben, bleibt inzwischen dieselbe. Über das Verhalten der einen und der andern Regierungen zu dieser Frage äußert sich der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ in seinem Brief vom 5. d. in folgender Weise: „Die Washingtoner Regierung hat gegenwärtig über 40,000 südstaatliche Kriegsgefangene in ihrer Gewalt, die Konföderierten haben etwa 13,000 Mann zur Auswechselung an und wollen die übrigen natürlich noch behalten; die Konföderierten aber wollen nicht darauf eingehen und verlangen, daß auch die übrigen auf Parole entlassen und in Freiheit gesetzt werden. Das nehmen die Nordstaaten nicht an, und zwar aus mehreren Gründen. Zuerst und vor Allem sind sie sowohl durch feierliches Gelübde als durch Menschlichkeit und Selbstachtung gebunden, den Negrosoldaten in ihrem Dienste denselben Schutz anzudeihen zu lassen, wie den weißen. Nun aber hat Jefferson Davis öffentlich angekündigt, daß gegen alle mit feindlicher Waffe in der Hand gefangen genommenen Schwarzen so verfahren werden soll, als seien sie aufständische Sklaven und daß die sie kommandirenden weißen Offiziere den Staatsbehörden zu übergeben sind, damit ihnen nach den Gesetzen des betreffenden Staates der Prozeß gemacht werde. Die farbigen Soldaten oder beim Militär angestellte Fuhrleute, welche bisher in die Hände der Konföderierten gefallen sind, sind entweder auf der Stelle niedergemetzelt oder in die Sklaverei verkauft worden, und alle Nachforschungen nach ihrem Geschick werden von den regulären Beamten vereitelt. Es ist selbstverständlich, daß, so lange dieses Verfahren üblich bleibt, Lincoln die Pflicht hat, sich die Möglichkeit kräftiger und wirksamer Vergeltungs-Maßregeln zu erhalten. An zweiter Stelle haben die Guerillas in Tennessee und Kentucky im vergangenen Jahre die Praxis geübt, Einfälle in die innerhalb der nordstaatlichen Linien belegenen Städte und Dörfer zu machen, die männliche Bevölkerung, jung und alt, zusammen zu treiben und allen das Schrecken abzunehmen, nicht gegen die Konföderierten Kriegsdienste zu thun, und darauf schnellstens wieder wegzugaloppiren. Diese Parolen werden dem südstaatlichen Kriegsministerium angezeigt, dort sorgfältig in die Bücher eingetragen und dann den nordstaatlichen Behörden zum Austausch angeboten. Weigern letztere sich, die Gültigkeit anzuerkennen, so nehmen die südstaatlichen Behörden das Gesetz in ihre eigene Hand, erklären eine entsprechende Anzahl ihrer eigenen parolirten Leute ihrer Parole entbunden und ziehen sie wieder in den aktiven Dienst. Auf solchem Wege ist die von Grant gefangen genommene und auf Ehrenwort entlassene Garnison von Vicksburg zum größten Theile, wenn nicht ganz, wieder ins Feld gestellt worden. Eine ganze Brigade derselben ist jüngst bei Chattanooga in die Gefangenschaft des Unionsheeres gefallen, und man überlegt jetzt, was man mit diesen Leuten thun soll. Nach der Strenge der Kriegsgezege wären sie dem Tode durch Pulver und Blei verfallen. Thatache ist, daß die Konföderation großen Mangel an Mannschaften hat, und wenn die Sklavenhalter sich ein Gewissen daraus machen, wie und woher Soldaten zu bekommen, so hätte ihre Denkweise in der letzten Zeit einen schnellen Umschlag erfahren.“

In der gestrigen New Yorker Depesche muß es heißen: „Eine Proklamation des Präsidenten Lincoln konstatiert, daß die Konföderierten sich unter Umständen aus Tennessee zurückziehen, welche es wahrscheinlich machen, daß die Unionisten daraus nicht wieder zu verdrängen sein werden. Die Proklamation erklärt dies als von großer nationaler Wichtigkeit.“

Vom Landtage.

Herrenhaus.

C. S. Berlin, 21. Dez. [7. Plenarsitzung], vom Präsidenten Eberhard Grafen zu Stolberg-Wernigerode um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet. — Am Ministerium: Ministerpräsident v. Bismarck, Graf zur Lippe. — Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen tritt das Haus in die Lagesordnung: Die Berathung des Beichts der Adresskommission. Dieselbe hat die Adresse mit wenigen unwesentlichen Abänderungen dem Hause zur Annahme empfohlen.

die Preußen bei Almende und die Schleswig-Holsteiner bei Gudsby, den 8. die Preußen bei Beile, den 31. Mai bei Aarhuns. Am 13. Mai fiel die Besatzung von Friedericia gegen die Schleswig-Holsteiner aus, und am 6. Juli ward aus dem großen Anfall vor Friedericia die erbitterte Schlacht, welche den Schleswig-Holsteinern wie den Dänen die Blüthe der Armee kostete. Die Waffenstillstandsconvention zu Berlin, den 10. Juli, beendete für jetzt den Kampf. Schleswig wurde geräumt.

Preußen, nach langer Bögerung und fruchtofen Vermittelungsversuchen zur Wahl gedrägt, ob es ferner die Herzogthümer wirksam unterstützen oder Frieden um jeden Preis schließen wolle, entschied sich für das Letzte. Am 2. Juli 1850 wurde der „einfache“ Friede zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossen, welcher die Herzogthümer sich selbst überließ, nachdem schon vorher wiederholte preußische Truppen zur Unterdrückung der verzweifelten Widerstandsversuch in Schleswig gegen das von den Dänen sofort eingeführte Schreckenregiment verwendet waren.

Die Herzogthümer standen, nachdem Preußen sie verlassen, mit einer wohlorganisierten und gut bewaffneten Armee von 30,000 Mann, und einer aus eigenen Mitteln beschafften Flotte den Dänen gegenüber; sie waren voll Siegeshoffnung. Die Unfähigkeit des Generals Willisen, der von derselben befohlene Rückzug während und nach der unentschiedenen Schlacht bei Idstedt am 24. Juli 1850 stimmte diese Hoffnungen sehr herab. Weitere Fehler des genannten Generals und die Unentschlossenheit der eingeführten Statthalterschaft machten alle Tapferkeit der brauen Truppen zu nichts, welche am 12. September die Dänen bei Eckernförde und Kochendorf schlugen, die Schanzen mit dem Bagonet nahmen und dann den Befehl zum Rückzuge erhielten; am 28. September zum Sturme auf Friedrichstadt geführt wurden, nachdem den Dänen Zeit gelassen war, dieses gut zu befestigen, und wiederum als 400 Mann nutzlos geopfert waren, abziehen mussten.

Am Tage nach diesem Angriffe, 29. November 1850, war es, als die berüchtigte Olmützer Punktation zu Stande kam, auf Grund deren eine gemeinsame österreichisch-preußische Pacifikationskommission und gleichzeitig ein österreichisches Armeekorps nach Holstein geschickt wurde. Die vollständige Ueberlieferung der Herzogthümer an Dänemark ließ nicht lange auf sich warten, und wie dieses Jahr lang zur Schmach für ganz Deutschland das Nachwerk geübt hat, das steht nur zu frisch vor unsern Augen.

— Von Herrn v. Gruner ist ein Gegenentwurf zu der Adresse eingebracht worden, welcher verlesen wird und keine genügende Unterstützung erhält.

Dann erhält das Wort: Herr v. Meding als Berichterstatter. Der selbe verweist auf die Adresse, welche die Motive in sich schließt. Ein tiefes Eingehen auf dieselbe hieße ihren Inhalt schwächen. Nur wenige unwe sentliche Abänderungen habe die Kommission an dem Wortlaut der Adresse der Antragsteller vorgenommen und empfiehlt er dieselbe zu unveränderter Annahme. — Nun erhält das Wort als Antragsteller: Graf Arnim von Bonenburg: Während die meisten deutschen Landesvertretungen bereits in dieser Angelegenheit ihre Ansicht ausgesprochen, habe das Herrenhaus als Theil der Landesvertretung bisher eine reichhaltige Stellung eingenommen. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo es seine Stimme erheben müsse. Preußen sei bei dem Londoner Protokoll engagiert, eine Vergangenheit, welche schwer wiegt. Preußen sei aber auch Mitglied des deutschen Bundes und habe den Beschlüssen des Bundes zu genügen. Jetzt sei der Augenblick gekommen, wo sich die Befürworter kundgebe, daß zum ersten Male in Preußen die Landesvertretung der Regierung die Mittel versage, um den ihm durch den Bund auferlegten Verpflichtungen nachzukommen; in diesem Augenblick sei es für das Herrenhaus geboten, nicht zu schwanken, und in diesem Sinne habe er den Antrag gestellt, aus diesem Sinne sei bei ihm die Notwendigkeit eines Antrages hervorgegangen. Es sei eine müßige Frage, ob Exekution, ob Offenkundung. Preußen Pflicht sei es, den Anforderungen des Bundes zu genügen. Hervortretend in dieser Angelegenheit sei die Frage: Kann die Landesvertretung zu der Regierung sagen, wir geben Dir nicht die Mittel, weil das jeweils Ministerium uns nicht konveniert, weil die Regierung sich bei ihrer Politik mit den Wünschen der Nation nicht im Einklang befindet, weil sie nicht die Rechte des Augustenburgers anerkennt? und er beantwortete diese Frage mit einem unabdingbaren Nein! — Aus der schleswig-holsteinischen Frage könnten sich viele Eventualitäten entwickeln. Der deutsche Bund habe den König Christian nicht als rechtmäßigen Herrscher von Schleswig-Holstein anerkannt, vielmehr diese Angelegenheit als eine offene Frage erklärt. Wie käme Preußen dazu, dem Bunde vorzugreifen und die Rechte des Augustenburgers anzuerkennen? Preußen sei durch den Bunde die Pflicht auferlegt worden, Truppen an die holsteinische Grenze rücken zu lassen. Hierzu bedürfe die Krone Geldmittel; der Staatschlag dürfe hierzu nicht verwendet werden, nur für große Eventualitäten und in Zeiten der Notdurft dürfe er angegriffen werden, das sei jetzt nicht der Fall. Es heizte jetzt unter allen Umständen: Jeder stelle das Vaterland höher als die Partei, darum bitte er, dem Abgeordnetenworte seine Zustimmung zu geben. (Die Herren Graf Isenpitz, v. Bodenbach und v. Selchow sind eingetreten.)

Professor Tellkampf: Die Adresse halte es für eine Aufgabe Preußens, das Londoner Protokoll auch noch jetzt aufrecht zu erhalten; darum stimme er gegen dieselbe. Es sei ein bekannter Satz des Böllerrechts, daß ein Vertrag, wenn er die Rechte dritter Personen verlege, null und nichts sei. Der Londoner Vertrag verleihe nun aber die Rechte der Herzogtümer, des deutschen Bundes und der Agnaten, denn diese haben denselben ihre Zustimmung nicht ertheilt, darum darf Preußen auch von diesem Vertrage zurücktreten. Wenn nun unter Aufrichthaltung des Vertrages eine Maßregel gegen Dänemark durchgeführt werden sollte, so dürfen die Mittel hierzu nicht gewährt werden, und wer diese Mittel dennoch bewilligen wolle, der mache sich zu einem Mithuldigen an diesem Rechtsbruch. Der Rücktritt von dem Londoner Vertrage stelle keinesfalls kriegerische Eventualitäten für Preußen in Aussicht, denn dieser Rücktritt sei durch das geltende Böllerrecht durchaus gerechtfertigt; auch sei keine der Mächte in der Lage, die Gelegenheit zum Kriege vom Baue zu brechen. England könnte der Freundschaft Deutschlands entbehren; Frankreich sei der Vertreter des Nationalitätsprinzips. Sollte aber dennoch eine Macht gegen Deutschland auftreten, so würden 40 Millionen Deutchen die Ehre des Vaterlandes wahren.

Dr. Brüggemann: Der Vorredner habe etwas aus der Adresse herausgeleitet, was faktisch nicht darin stehe; die Adresse wolle nicht das Londoner Protokoll aufrecht erhalten, erkläre vielmehr darüber ausdrücklich und abhängig nichts, und der Graf Arnim selbst habe angekündigt, daß die Erfolgsfrage eine offene sei. — Prof. Tellkampf: Er habe diesen Sinn aus den Deduktionen des Antragstellers, Grafen Arnim, herausgefunden. — Graf Arnim: Der Redner möge sein Urtheil so lange hinausziehen, bis ihm der stenographische Bericht vorliege. Er habe das nicht gesagt. — Ministerpräsident v. Bismarck: Die Aufführung des Professors Tellkampf erinnere ihn an die Ansichten über das Bergestein, welche der Bewohner einer Ebene habe, sobald er in ein Gebirge komme. Über die Bergschlachten der Politik heißt auch nicht die schönen Worte hinweg. Wenn das Ministerium den Berichtigungen des Vorredners und dessen politischen Überblick Glauben schenken und danach handeln wollte und wenn dann Preußen in eine isolierte Lage gebracht werde, so könne er nicht nachher zu seiner Entschuldigung anführen, daß er das zwar vorausgesehen, dennoch aber dem Prof. Tellkampf habe folgen wollen. Für jedes Fach habe man eine Prüfung einzuführen, selbst der einfachste Unteroffizier müsse sich einen solchen unterwerfen; nur für die höhere Politik wolle man dies Prinzip nicht gelten lassen, da glaube Jeder mit sprechen zu können und schließlich heize es dann: Was kein Verstand des Verständigen sieht, wird den politischen Dilettanten durch naive Impressionen deduzieren. (Anhaltende Heiterkeit.)

Graf Ritterberg spricht für die Adresse, die Entscheidung über diese Angelegenheit müsse der Krone überlassen werden. Das Abgeordnetenhaus dürfe die Billigung des Geldmittels an keine besondere Bedingungen knüpfen. — Professor Tellkampf (persönlich): Was er zuvor gesagt, habe er als Gründe angeführt, weshalb er gegen die Adresse stimme. Er habe dies gethan, weil er es für seine heilige Pflicht gehalten; dies auszusprechen, habe er für seine wahre Pflicht gehalten und sei dieser Pflicht nachgekommen als Vertreter der Universität Breslau, und glaube als Professor der Staatswissenschaft sich auch wohl ein politisches Urtheil beizumessen zu können. Er wolle den Ministerpräsidenten fragen, ob er als Reichshauptmann der politischen Karriere etwa näher gestanden habe, als er in diese eingetragen sei. (Glocke des Präfekten.) Zur Praxis wolle er allerdings zugeben, habe der Minister mehr Erfahrung als er, jedoch wolle er noch darauf hinweisen, was die Absicht des Ministeriums in dieser Angelegenheit sei, so stimme dieselbe mit der Ansicht der großen Majorität des deutschen Volkes nicht überein. (Lebhaftes Bravo.) — Die Debatte ist geschlossen.

Referent und Antragsteller verzichten auf das Wort. — Einige Aments, den Wortlaut der Adresse betreffend, vom Fürsten Radziwill und Professor Hefter gestellt, werden abgelehnt, die Adresse mit großer Majorität angenommen. Die Übereitung derselben wird durch das Präsidium erfolgen. Die Unterzeichnung geschieht sofort durch die Mitglieder bei Namensaufruf. — Schluss der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung in den ersten Tagen des Monat Januar.

zogtbümer, welche immer mit Deutschland innig verknüpft gewesen sind. Man dürfe dieses deutsche Land nicht im Stiche lassen. Schleswig und Holstein seien eng mit einander verbunden; „op ewig umgedeelt“ sei der alte Wahlversuch. Für die Verträge von 1851 und 1852 dürfe kein Trocken preußischen Blutes vergossen werden, und diese Verträge, wie auch das Londoner Protokoll müssen durch den Bunde bestätigt werden. Redner schließt mit der Hinweisung auf das Uhländische Gedicht „Kaiser Karls Meerfahrt“ und citirt den Schlusvers deselben: „Der Kaiser Karl am Ruder saß, der hat kein Wort gepronken, er führt das Ruder mit fester Hand bis sich der Sturm gebrochen.“ So wünsche er, daß es auch hier so weiter möge und rechte feinen Blick vertrauensvoll auf den König. Dann werde das Misstrauen aus gehen in den allgemeinsten Jubelgelang. In diesem Sinne bitte er die Adresse zu verwerten. (Lebhaftes Zustimmen.)

Herr v. Bello spricht für die Adresse, weil das Haus gegenüber der Adresse des Abgeordnetenhauses auch seinerseits seine Ansicht aussprechen müsse. — Professor Hefter würde der Adresse wohl zustimmen, wünsche jedoch einige in derselben enthaltene Passus abgeändert, um des lieben Friedens im Innern willen, weil aus denselben möglicherweise das andere Haus wiederum eine Veranlassung zu einer Vermehrung des inneren Konfliktes herleiten könnte.

Frhr. v. Senfft-Pilsach für die Adresse. Früher habe in Preußen nur eine Macht bestanden, jetzt bestehen deren zwei. Die eine sei der König und die andere die Fortschrittspartei, welche sich zur Aufgabe gestellt habe, Preußen den Großmachtstiel zu vertreiben. Den Anfang mache sie jetzt schon damit, daß sie der Regierung die Mittel verweigere, welche dieselbe zur Erfüllung ihrer Bundespflichten, ihrer Stellung als Großmachtregierung bedürfe. Und welche Folgen entstehen erst aus diesem Verfahren für die Armee? — Das Haus sei auch aus politischen Parteien zusammengefest, es sehe in seiner Mitte eine große Anzahl Männer aller Stände, Männer, welche hohe Staatsämter bekleiden, und denen eine große politische Anschaun zugestanden werden müsse. Wenn man sie aber sämtlich frage, so würden sie alle darin einstimmen ohne Unterschied der Parteien, daß die Politik nie unparteiisch gehandhabt werden könne, als durch dieses Ministerium in der schleswig-holsteinischen Frage geschehen. Das ganze Haus habe vor der Politik dieses Ministeriums Hochachtung, und diese spreche es in der vorliegenden Adresse aus. Er empfiehlt darum die Annahme derselben. — Herr v. Gruner verzichtet auf das Wort nach den bereiteten Worten des Grafen Reventlow.

Graf Brühl: Wer mache jetzt die entgegengesetzte Politik in der schleswig-holsteinischen Frage? Der National-Verein. Dieser Verein nenne sich das „deutsche Volk“, dennoch bestehet er nur aus wenigen Männern. Man verwechsle die Turnerschaft und den Schützenbund mit dem deutschen Volke. Er (Redner) kenne das deutsche Volk besser; das sei nicht der Ausdruck des Willens dieses Volkes, was der National-Verein wolle. Die Führer der Bewegung verfolgten ganz andere Zwecke als diejenigen, welche sie gegeben, als die, der Legitimität zu ihrem Rechte zu verhelfen. Weit eher würden sie eine holsteinische Republik als ein holsteinisches Fürstentum erstreben. Der Regierung müsse man die Mittel gewähren, um gegen solche Bestrebungen anzutreten und die Ordnung zu wahren, und weil dies in der Adresse ausgesprochen sei, darum stimme er für dieselbe.

Herr v. Kleist-Reeckow widerlegt zunächst einige vom Grafen Reventlow ausgeworfenen Ansichten in demselben Sinne, wie Graf Brühl. Die Lage der Herzogtümer sei verhältnismäßig jetzt so gut, wie sie seit 1858 noch nicht gewesen sei. Die Exekution sei befreit und werde in diesem Augenblick vollstreckt. Das genüge aber unseren preußischen Demokraten nicht. Er fragt: könne es denn den Demokraten daran liegen, einem legitimen Fürsten zu seinem Rechte zu verhelfen? 1848 wie jetzt sei die Bewegung gegen das alte legitime Europa gerichtet gewesen. Die Legitimität des Augustenburgers gehöre zu den allerzweifelhaftesten Dingen; zunächst steht derzeit die Unrechtmäßigkeit entgegen; wolle man aber ihre Ansprüche anerkennen, so müsse man auch die Ansprüche der Russisch-Gottorfschen Linie anerkennen. Nach dem Ausspruch des Professors Bernice, einer Autorität in solchen Dingen, würden ⅔ der Herzogtümer dann an Russland fallen. Der alte Herzog von Augustenburg habe auf seine Erbansprüche verzichtet und cedire dieselben jetzt wieder an seinen Sohn, wo bleibe da Treue und Glaube. Die Stimmung in den Herzogtümern sei auch nicht so, wie man der Welt glauben machen möchte. Ein holsteinischer Prediger, kein Däne, schrieb ihm: „Wir alle wünschen, daß die Herzogtümer bei Dänemark verbleiben mögen und nicht dem Augustenburger übergeben werden. Gott schütze uns vor dem Augustenburger und dessen demokratischen Freunden, er möge uns aber auch vor der Bestürzung durch die Eiderdänen schützen.“ Das jetzige Ministerium habe schon viel schwierige Fragen in richtiger Weise erledigt, es werde auch diese lösen. Die Gegenseite wolle, daß die Regierung sich von bisherigen Verbindungen loslöse und Frankreich anschließen solle. Die Liebe und der Glaube Preußens an sein Königshaus beruhe auf den Jahrhunderten der Geschichte. Dies Panneum wollen wir hochheben. (Lebhaftes Bravo.) — Die Debatte ist geschlossen.

Referent und Antragsteller verzichten auf das Wort. — Einige Aments, den Wortlaut der Adresse betreffend, vom Fürsten Radziwill und Professor Hefter gestellt, werden abgelehnt, die Adresse mit großer Majorität angenommen. Die Übereitung derselben wird durch das Präsidium erfolgen. Die Unterzeichnung geschieht sofort durch die Mitglieder bei Namensaufruf. — Schluss der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung in den ersten Tagen des Monat Januar.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Dezbr. Vor wenigen Tagen wurde bei einer polizeilichen Revision in einem Hause auf der Bagorze eine Menge von Gegenständen in Besitz genommen, die theils von den Eigentümern recognosiert, theils dem Manne, in dessen Wohnung man sie gefunden, wiedergegeben werden mußten. Unter den in Beichlag genommenen Sachen befand sich eine Quantität von dem Parchent, welcher die Handlung Schmidt entweder worden ist. Die Leute, in deren Wohnung man redigirt hatte, sind bisher unbescholtene gewesen. Sie hatten aber einen Menschen bei sich aufgenommen, der aller Wahrscheinlichkeit nach entweder den Diebstahl selbst verübt oder mit den Dieben doch in Verbindung gestanden hat. Und dieser Glückritter ist kein Anderer, als die Person, welche Tags vor der Revision, wie wir bereits berichteteten, auf der Dammtstraße einen Gastwirth vor der Schroda angefallen und sich der Arrestierung widerstellt, namentlich an der Jaenische Ecke auf der Breitenstraße laut gerufen hatte: „Seht, Brüder, ich werde meines polnischen Mantels wegen arretiert.“ Leider finden Leute dieses Geleiters immer noch Leichtgläubige, die Mitleid mit ihnen empfinden, wenn der Polizeibeamte sie zur Haft führt und ihre Befreiung wünschen, sei es auch auf Kosten der heißen Haut des Beamten. Die Ereignisse jenseits der Grenze benutzt das Gesindel auch zum leichten Erwerbe. Angesthan, wie z. B. unser Glückritter, mit einem grauen Tuchmantel, geht so ein Mensch zu polnischen Leuten, ihnen vorliegend, daß er drüber gekämpft habe, von Russen verfolgt, auf das diesseitige Gebiet geflüchtet und nun wieder hergekommen sei, um Mittel zum neuen Übertritt zu suchen. Meistens wird ihnen geglaubt und Unterstützung gewährt, dem nachsuchenden Beamten aber gewiß verschwiegen, was jener genollet, vielleicht noch gesagt, er habe Arbeit gesucht u. a., damit man ihm zu nichts zu Leide thun töme. Und der so in Schutz genommene Tapfere hat mit kundigem Auge Gelegenheit zu Diebereien genutzt, und verläunt es, wenn irgend möglich, sicher nicht, von seinen Wohlthätern noch ein Andenken mitgehen zu lassen; jeden-

falls wird das Erbettele aber in der ersten besten Schänke oder sonst wo verprakt.

Der frühere Lehrer und Forst-Eleve Philipp Dabinski aus Gostyn wird seitens der Untersuchungs-Kommission des Staatsgerichtshofs steckbrieflich verfolgt.

— [Vorfeier.] Die königl. Louisenschule hatte gestern, wie dies in jedem Jahre geschieht, unter zahlreicher Beteiligung der Eltern eine Weihnachtsvorfeier veranstaltet, bestehend in einer sich auf die Bedeutung des Festes beziehenden Rede vom Herrn Direktor Dr. Barth, entsprechenden Declamationen und Gefängen, vorgetragen von den Schülerinnen. Durch zweigemäße Verwendung eines Kapitals von 100 Thlr., welches dem Herrn Direktor Dr. Barth vor 6 Jahren von dem früheren Oberpräsidenten v. Butt kammer zur Unterstützung der Armen überwiesen wurde, daß es Herr Dr. Barth nicht mehr möglich zu machen gewußt, daß zu jedem Weihnachtsfeste eine bedeutende Anzahl Armer befreit werden, sondern auch das Stammkapital hat sich bereits um fast ⅓ vergrößert, und ist also dadurch zu einem bleibenden Armenfonds geworden.

— [Die intermissione der Paquet-Annahme ist es], welche während der Tage vor dem Feiert von der Ober-Postdirektion in dem Hause des Herrn Gräz, Nr. 33 auf der großen Gerberstraße, eingerichtet worden ist, den Bewohnern aus den angrenzenden Straßen bei Fortsiedlung von Postpaquettens eine große Erleichterung dar; trotzdem aber wird sie vom Publikum, als fürchte es, daß die Sendungen dort nicht so sicher seien, doch nicht in dem Maße benutzt, wie es von der Ober-Postdirektion gewünscht wird; denn die Überbildung der Postbeamten in der Paquetannahme des Postgebäudes dauert jetzt ununterbrochen fort.

— Kosten, 20. Dezember. [Wohlthätigkeit.] Die Sänger des seit 1½ Jahren hier bestehenden Männer-Turnvereins veranstalteten gestern Abend zum Besten bürgerlicher Kinder aller Konfessionen eine Gesangsaufführung, zu welcher sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Das reichhaltige und gewählte Programm umfaßte zehn Piecen, welche sämtlich von Mitgliedern, unter Hinziehung fremder Kräfte, vorgetragen und mit wohlverdientem Beifall aufgenommen wurden. Die Ausführung des Programms lieferte den Beweis, daß der Verein unter der verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl recht gute musikalische und gesangliche Kräfte besitzt, und das sämtliche Piecen mit Fleiß und Sorgfalt unter febriger Leitung einführt werden sind. — Bei demselben läblichen und wohlthätigen Zwecke haben mehrere hiesige Beamtendamen eine Verloofung verschiedener Gegenstände, die theils angekauft, theils von zarter Hand angefertigt und als Liebesgaben dargereicht worden, veranstaltet. Der günstige Erfolg dieses edlen Unternehmens zeigte, wie ein frommer Gedanke auch hier willige und vorbereite Aufnahme findet.

Strzelno, 20. Dez. [Kirchenbau; Geschäftliches.] Nachdem Se. Majestät der König zum Neubau der evangelischen Kirche in Strzelno ein Gnadengebot von 3000 Thlr. bewilligt hat, sind die Kosten des Baues, die sich auf ca. 9000 Thlr. belaufen, gesichert, und es wird der Bau im Frühjahr f. J. in Angriff genommen werden. Die Ausführung ist in dem am vergangenen Freitag auf dem bieigen Landratsamt angestandenen Termin dem bieigen Maurermeister Nehler übertragen worden. — Im Hofengeschäft herrscht noch immer rege Kauflust, ohne daß irgend eine nennenswerte Preissteigerung eingetreten wäre. Nur Primariaare wird über 30 Thlr. pro Centner bezahlt, während Mittelwaren mit früher mit 21—24 Thlr. pro Centner gefaßt wird. Geringe Sorten sind ganz vernachlässigt. Als Hauptfänger tritt jetzt ein Kommissär eines bedeutenden Nürnberger Hauses auf. — Unsre Kaufleute und namentlich diejenigen, die viel Winterartikel auf Lager haben, klagen über schlechte Weihnachtsgefäße und schreiben dies der diesjährigen abnormen gelinden Witterung zu.

Strzelno, 19. December. Der „Brom. Bzg.“ wird über die gestern gemeldete Affaire geschrieben: Am 16. d. M. gegen 1 Uhr Nachts fand sich auf dem eine halbe Meile von der polnischen Grenze, in unserm Kreise bekannte Gute Golejewo eine Schaar von ca. 50 bewaffneten Menschen ein. Nachdem ein Theil derselben das Gehöft bestellt, die Gebäude der Dienstleute und das Wohnhaus umstellt hatte, forderten die Lebigen von dem Besitzer v. Gluszkowski Eintritt in seine Wohnung nebst 200 Thlr. Geld. Die aus dem Schloß erwachten Bewohner des Hauses verweigerten den Anstürmenden den Einlaß, worauf sich die Belagerer schließlich damit zufrieden erklärten, wenn nur zwei der Ihrigen in das Haus gelassen würden. Dies geschah. Es gesellte sich jedoch ein Dritter zu ihnen, welcher durch das Fenster in die Stube sprang. Auf diese Weise gewungen, mußte Herr v. Gluszkowski unter Androhung von Gewalt sich zur Bahlung der verlangten 200 Thlr. entschließen. Nach Empfangnahme der Summe raubten die Unholde noch eine alte einläufige Flinte und einen Pistol und entfernten sich, indem sie den Weg nach Rzeszyn, der Grenze zu, einschlugen. Herr v. Gluszkowski soll, wie verlautet, die Bahlung der von ihm geforderten Beiträge für den polnischen Aufstand verweigert haben.

Angelommene Fremde.

Vom 22. Dezember.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Kaiserlich russischer Wirklicher Staatsrat Peterfon aus St. Petersburg, die Oberamteile v. Sänger aus Polozk, Hildebrand aus Sliwno, Landrat v. Madai aus Kosten, die Gutsbesitzer Lehmann aus Nitsche, Krosnowski aus Radom, Beuther aus Golcine, v. Delhaes aus Czempin, v. Taczanowski aus Chorni und Pauli aus Rumianek, Lieutenant und Rittergutsbesitzer v. Hagen aus Sarbia, Lieutenant Bieck aus Schrimm, die Kaufleute Mastbaum aus Köln und Lebran aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Michael aus St. Gallen, Schoens und Brieger aus Breslau, Frau Landschaftsrätin v. Karzewska aus Lubry, die Rittergutsbesitzer Frau v. Baranowska aus Rzepino, Frau Amtsrichterin Kling aus Wroclaw, Oberamtmann Burghard aus Gorlitz, Frau aus Schroda, Oberamtmann Burgard aus Gorlitz.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Rudolphi aus Babrowo, Nouelle nebst Frau aus Wierzeja und Gottleibow aus Berlin, Zimmermeister Laue nebst Frau aus Dobrin, Gutsbesitzer Arndt aus Gesslawice, die Kaufleute Meg aus Lassfeld und Jemain aus Brüssel.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Radonski aus Gorzowo, v. Goszczanski aus Polen und Lieutenant Gercke aus Lissowitz, Rittermeister v. Götz aus Wreschen, Frau Rittergutsbesitzerin v. Sawicka aus Rybnik, Frau Oberamtmann Scherbel aus Frankstadt, Fabrikant Langhoff aus Plauen, Kaufmann Schröder aus Hof.

SCHWARZER ADLER. Maurermeister v. Stabrowski aus Erin, Birthscher, Berwalter Alberti aus Golkow, die Gutsbesitzer v. Taczanowski jun. aus Golejewo und Frau Bielonacka aus Chwalibogowo, die Rittergutsbesitzerin Frau v. Chlapowska aus Bagrowo, Behet aus Tarnowo und Landschaftsrath v. Biegertski aus Modliszenko.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Fried aus Miloslaw und Frau Moser aus Janowice.

Für Schleswig-Holstein:

Drei Thaler zwei Silbergroschen von einem Greifswalder Burschenfestscher, gesammelt in einer Abendgesellschaft, an Herrn R. Garben abgeführt.

Inserate und Börse-Nachrichten.

Berichtigung.

In unsere Bekanntmachung vom 2. d. Mts., die zur Baarzahlung gefürdigten 3½% Pfandbriefe betreffend, haben sich nachstehende Druckfehler eingeschlichen:

Nr. 3/3433 Koscielno statt Kosieczyno à 1000 Thlr.

Nr. 46/6489 statt 6189 Pomarzany kost.

Nr. 48/2871 Wojciechowo und Lowecice à 500 Thlr. statt 200

Der Glockengießer Schoen in Posen hat für die ev. Kirche hier eine größere Glocke gegossen. Diese enthält ein vorzügliches Metallgut und hat einen reinen und hellen Klang, so daß die Gemeinde darüber ihre befriedete Freude zu erkennen gegeben hat. Der Herr Fabrikant hat den an ihn gemachten Forderungen vollständig entsprochen. Mit gutem Gewissen können wir denselben allen Kirchengemeinderäthen hiermit bestens empfehlen.

Mit diesen Zeilen verbinden wir gleichzeitig den innigen Dank demjenigen ungenannten Wohltäter unserer Kirche, welcher durch die öffentliche Aufrichtung eines neuen schönen und dauerhaften Glockenstuhls ein Beichen seiner wahrhaft christlichen Hochberufigkeit gegeben und ein ehrenvolles Andenken in unserer Gemeinde sich erworben hat. Die lohnende Gnade des Herrn möge allezeit auf ihm ruhen und sein Werk stille Liebe uns lange bewahren.

Altjahr, den 20. Dezember 1863.

Der ev. Gemeinde-Kirchenrath. Gaertig, Pfarrer. Guderian, Kathus. Meilke. Wittmann.

Kleider-, Bett-, Cognac- und Wagen-Auktion.

Mittwoch den 23. Dezember c. Vormittags von halb 10 Uhr ab werde ich in dem Auktions-Lokale Magazinstraße 1 diverse Betten, Kleidungsstücke, Hausrat, eine Partie guten Cognac, und um punt 12 Uhr einen leichten, halb-verdeckten Kutschwagen auf C.-Federn öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bahlung versteigern.

Zobel. gerichtlicher Auktionskommis.

Berlinerstraße 27/6 ist zu verkaufen.

C. A. Seidemann.

Die verehrten Hauseigentümmer Posens, welche Kloaken zu reinigen haben, belieben sich schriftlich bei dem Unterzeichneten zu melden, der für 5 Sgr. Entschädigung pro Wasen, 30 Scheffel Inhalt, die Reinigung übernimmt. **Stefan Czarnecki** in Gorzyn.

Großer Steinohlen-Ausverkauf.

Um damit zu räumen, verkaufe ich tonnenweise à Tonnen 15 Sgr., bessere Qualität 17½ Sgr., die besten 20 Sgr.

W. Pade,

St. Martin Nr. 3.

Ein junger Hühnerhund ist zu verkaufen

Große Weihnachtsausstellung von blühenden Tropfengewächsen in reichster Auswahl bei

C. Rückert,

Wilhelmsplatz 1.

Englische wollene Oberhemden, Herren-Shawls, Tücher, Schlippe, Handschuhe empfiehlt in den neuesten Mustern und zu den billigsten Preisen

M. Zadek jun.,
4. Neuestraße 4.

Weihnachtsgeschenken

sich eignend,

empfiehlt mein aufs Beste und Vollständigste assortierte Lager von Gold- und Silberwaaren, Juwelen und Uhren, zu billigen und festen Preisen.

J. Stiller,

Markt Nr. 1 a. unterm Rathaus.

Auswärtige Aufträge werden pünktlich ausgeführt.

Damenmäntel und Paletots, Double-Paletots für Knaben und Mädchen, Jacken in allen Größen,

werden ausverkauft

S. H. Korach.

Gesundheitshemden à 4, 5 und 6 Thlr. das Paar sind noch etwas vorrätig.

Zur gefälligen Beachtung.

Den geehrten Damen Posens und Umgegend die ergebene Anzeige, daß das Lager des Berliner Weihnachts-Ausverkaufes, alten Markt 55, 1. Etage, neben Herren Kronthal & Söhne, jetzt auf das Elegante sortirt ist, und eine glänzende Auswahl in Krinolinen, Stickereien, Hauben, Neige, elegante seid. Netzkrüppen, Garnituren in Seide, gestickte Kravatten und Manschetten, gestickte Taschentücher, mit und ohne echte Spitzen, Tüll- und Mullhauben (elegant in Netzgazon), Battisttilcher etc. etc. und Hunderte von verschiedenen feinen eleganten Sachen bietet.

Achtungsvoll **M. Löwinstein** aus Berlin.

Verkaufsstätte: Alten Markt 55, 1. Etage, im neu erbauten Hause neben Herren Kronthal & Söhne.

Zu Weihnachtsgeschenken sich eignend empfiehlt Kapotten, engl. Tailentücher, Blousen, seidene Schürzen, Margarethentaschen, so wie die feinsten Galanterie- und Fantasiesachen zu den recht billigen Preisen

M. Zadek jun.,
4. Neuestraße 4.

D. FROMM,

Sapiehaplak 7.

Zum Feste empfiehlt feine und feinste Mel. Konfekte, die vorz. franz. Dessert-Chocoladen und Konfituren, glacirte und kand. südfranz. Früchte. Lüb. Marzipan, Wiener Körbe, Kartomagen, Bonbonieren in reicher Auswahl.

Vortrefflichen Reis habe ich in Originalballen erhalten und empfiehlt denselben bestens; ebenso ausgezeichnete Bändchen und Macaronischoten, gelbe und weiße.

Amalie Wuttke, Wasserstr. 8/9.

Bestellungen auf Torten, Striezel, Kuchen etc. zum bevorstehenden Feste bitten rechtzeitig eingehen zu lassen

die Konditorei von

A. Tomská.

Frischen fetten geräucherten Elblachs empfingen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz Nr. 2.

Nur die sch. fr. M.-Walnüsse bei Kletschhoff.

Billigte, reellste, Lotterie-Loose versendet

Sutor, Klosterstr. 37 in Berlin.

prompteste Bedienung.

Lotterie-Loose, Viertel und Anteile bis 1/4 sind wiederum billig zu haben in Berlin bei

A. Hartmann, Landsbergerstr. 86.

Lotterie-Loose 1. sel. verkauft u. versendet reell am billigsten nebst Erneuerung ohne Nutzen

Bethge, Jüdenstr. 30, Berlin.

Möblierte Stuben vom 1. Januar c. zu vermieten Bergstraße Nr. 1. Parterre.

Königsstraße Nr. 19 sind zwei möblierte Zimmer, Verdstall und Wagenremise zu vermieten.

Zuerfragen daselbst eine Treppe hoch.

Ein möbl. Zimmer, Parterre, billig zu vermieten Berlinerstraße Nr. 15 c.

Ein möbliertes Zimmer vorn heraus ist Wilhelmstraße 26 zu verm. Näheres im Friseurgeschäft des Herrn Peter daselbst.

Breslauerstraße 17 ist vom 1. Jan. f. 3. eine Stube im 2. Stock des Seitenflügels zu vermieten.

Ein gewandter, beider Geschäftssprachen mächtiger Büraugehülfse findet Wilhelmsstraße Nr. 13 ein Unterkommen.

Ein verheiratheter beider Landessprachen mächtiger Wirthschaftsinspektor wird zum 1. Januar oder später für ein großes Gut bei 150 bis 200 Thaler Gehalt gefüchtet. Näheres beim Agenten **Marcussohn**, Markt- und Brüderstraße hier selbst zu erfahren.

Ein verheiratheter deutscher Wirtschaftsbeamter, welcher seine jetzige Stellung zu Johanni f. J. oder, wenn es gewünscht wird, eher aufgibt, sucht zu dieser Zeit ein anderweitiges, mehr selbstständiges und dauerndes Unterkommen. Herrschaften, welche hierauf reflektieren, werden ersucht, ihre Adresse nebst den nötigen Bedingungen unter der Nr. 10 A. B. poste restante Stenschewo einzufinden.

Ein verheiratheter, militärfreier, gut empfohlener, deutscher Wirtschaftsbeamter, der seine jetzige Stellung zu Johanni f. J. oder, auf Wunsch, auch früher aufgibt, sucht eine anderweitige dauernde Stellung. Gefällige Offerten nimmt die Exped. dieser Zeitung unter Nr. 10 R. S. franco entgegen.

Ein junger Dekonom, Sachse, der in der Provinz Sachsen, Brandenburg und Westpreußen konditioniert, seine Militärzeit absolviert (Kavallerie), über seine Leistungsfähigkeit die vorzüglichsten Bezeugnisse aufweisen kann, sucht vom 1. Januar oder später Engagement. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Sonntag den 20. d. Mts. Abends ist vom Berliner Thor nach dem Logengebäude eine Granatbroche mit weißen Perlen und Stahlnadel verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, sie gegen eine Belohnung Wallstraße Nr. 1 abzugeben.

(Eingesandt.) Als vorzüglichste Weihnachtsgeschenke für Frauen und Töchter empfehlen sich die elegant ausgestatteten Ausgaben "Glück und die Opern von Marx"; "Friedrich Spielhaus' problematische Naturen" in 2

Bänden, à 1 Thlr. 15 Sgr. (Zweite Auflage, — die erste kostete 10 Thlr. !)

"Otto Ludwig, Zwischen Himmel und Erde" (1 Thlr.) in dritter Auflage;

"Victor Scheffels Elfehard" in zweiter Auflage (1½ Thlr.) (eine der gediegensten Dichtungen der letzten 10 Jahre)

"Almenrausch und Edelweiss von Herman Schmid" (1 Thlr.) — "Friedrich der Große und sein Hof von P. Mühlbach" 4 Abtheilungen für 4½

Thlr. — ferner: "Wilibald Allers Werke" (stehen ebenbürtig den Walter Scottschen zur Seite) — "Ad. Bernh. Marx, L. van Beethoven und Schaffen" 2 Bde. so wie dessen

Anleitung zum Vortrag Beethoven'scher Clavierwerke. (1 Thlr.) — "Niendorfs Heiler Mühle" (1 Thlr.) (nur für Frauen) — Borräthig finden

sich diese schönen Geschenke in der Weihnachtsausstellung in der Buchhandlung von

Ernst Rehfeld
in Posen.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich Fräulein Philippine Gotthelf aus Krotochin mit Herrn Adolph Pawel aus Dobrzyc.

Gestern Abend um halb 12 Uhr wurde uns unser jüngstes Töchterchen Elise durch den Tod entrissen.

Posen, 22. Dezember 1863.

Der Kriminalkommissar Crufus und Frau.

Geburten: Ein Sohn den Herren C. Anders und C. Rauchhütz in Berlin. Eine Tochter den Herren H. Auerbach in Berlin, C. Voigt in Liebenwalde, Oberförster Bayer in Heinendorf, General-Major v. Schmid in Münster, A. Streit in Berlin.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Finsterwalde: Fr. Marie Hohenberg mit Hrn. O. Kneifel; Seelow: Fr. Th. Beckmann mit Hrn. J. Höhner; Börsen: Fr. M. Schacht mit Hrn. O. Dräger; Berlin: Fr. A. Finsterbusch mit dem Kaufmann W. Vogel.

Verbindungen: Berlin: Fr. J. Fendius mit dem Kaufmann W. Fendius, Fr. J. Fendius mit Hrn. A. Fechner und Fr. Th. Langner mit Hrn. O. Andreae; Ranzig: Fr. M. Schulz mit Hrn. J. Benz.

Geburten: Ein Sohn den Herren C. Anders und C. Rauchhütz in Berlin. Eine Tochter den Herren H. Auerbach in Berlin, C. Voigt in Liebenwalde, Oberförster Bayer in Heinendorf, General-Major v. Schmid in Münster, A. Streit in Berlin.

Die nächsten beiden Gesangübungen finden der Feste wegen anstatt Donnerstags — Mittwochs statt.

Der Vorstand des allg. Männer-Gesang-Vereins.

Stadttheater in Posen.

Wegen Vorbereitungen zu den Festtagsspielen bleibt die Bühne Dienstag, Mittwoch und Donnerstag geschlossen.

Reptoir der Festtag.

Freitag, zum ersten Male: Gräfin Sulowska, oder: Die Preußen in Dresden. Intrigen-Lustspiel in 4 Akten von Theodor Kolbe.

Sonnabend, zum ersten Male: Nur Wahrheit, Wahrheit! Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Rader.

Sonntag: Die lustigen Weiber. Große komische Oper von Nicolai.

Lamberts Salón.

Mittwoch den 23. und Mittwoch den 30. Dez. ein Konzert.

Radeck.

Nur noch kurze Zeit.

Die Fußkünstlerin L. Ebbighausen,

18 Jahre alt, ohne Arme, produziert sich täglich von Nachmittags 3 Uhr bis Abends 9 Uhr in

Tilsner's Café, Friedrichs- u. Wilhelmsstr. Ecke.

Entré: 1. Platz 5 Sgr., 2. Platz 2½ Sgr.

Jeder Besucher erhält für das Entré ein wertvolles Geschenk.

Eduard Neumann aus Limbach bei Chemnitz in Sachsen empfiehlt sein Lager von Budkins, Lam, Tricot u. Seide, Handschuhe für Männer, Frauen u. Kinder, Gesundheits-Jacken in Wolle, Seide und Vigo, en gros & en detail aufs Billigste.

Stand: Markt, Hrn. Freudenreich vis-à-vis Regenschirme sind am besten zu haben bei Apolant, Wasserstr. 24.

Ein Billard nebst Zubehör ist billig zu verkaufen beim Gastwirth König in Gempin.

Mohn, weiß und blau, empfiehlt in vorzüglicher Güte. Auch wird selber bei mir Gemahlen.

A. Hoffmann, Kloster- und Bogenstrasse-Ecke Nr. 19.

Täglich frische Austern bei Carl Schippmann Nachf.

Die Weinhandlung en gros & en detail von A. Pfitzner am Markte empfiehlt einem hochgeehrten Publikum ihr bedeutendes Lager von Ungar- und Rothweinen (echte Bordeauxweine), Champagner, Mosel- und Rheinweinen zu soliden Preisen.

Donnerstag den 24. Dezember 1863: Große Weihnachts-Ausstellung,

bestehend in feinen Blech- und Papierfischen, Mohrrüben, Wasser- und gute Butterstrüdel zu verschiedenen Preisen, bei R. Krug, Bäckerei St. Martin Nr. 3.

Stett. hochrothe füße Alepfel bei Kletschhoff.

Stett. hochrothe füße Alepfel bei Kletschhoff.

Täglich frische Austern bei Carl Schippmann Nachf.



